

ANSICHTEN-AUSSICHTEN

◀ 100-Tage-
Oppositionspro-
gramm Seite 2 >>>

◀ 100 Jahre
Goethe-Schule
Seite 3 >>>

◀ Straßenreini-
gungsgebühren
Seite 4 >>>

Neuenhagen hat gewählt ...

2135 Neuenhagerinnen und Neuenhager haben am 22. September 2013 DIE LINKE gewählt, fast 2460 gaben unserer Direktkandidatin Dr. Dagmar Enkelmann die Erststimme, fast 2800 stimmten für Bernd Sachse, unseren Landratskandidaten (Die Ergebnisse der Briefwähler sind dabei nicht mit eingerechnet).

Bernd Sachse wird auch mit Rückenwind aus Neuenhagen in die Stichwahl um das Landratsamt am 6. Oktober gehen.

Wir danken allen Bürgerinnen und Bürgern, die uns ihre Stimme und ihr Vertrauen gegeben haben. In Brandenburg waren dies 311000 und bundesweit über 3,75 Millionen.

Die Botschaft unseres Wahlkampfes „100 % sozial“ ist für uns auch nach den Wahlen verbindlich. Wir kämpfen weiter für einen Mindestlohn von 10 Euro, eine solidarische Mindestrente von 1050 Euro, und für die Abschaffung von Hartz IV und die Einführung einer Bürgerversicherung. DIE LINKE bleibt die Partei, die die soziale Frage in Deutschland stellt und zuspitzt.

Das mag die einen stören, die die sozialen Zustände in Deutschland im Grunde in Ordnung finden. Das wird die anderen darin bestärken, in ihrem Engagement gegen Missstände nicht nachzulassen. Für uns ist es der Weg, den wir gewählt haben, die Politik, von der wir überzeugt sind, und die Ansprüche an denen wir gemessen werden wollen. In Großen wie im Kleinen und im Bund wie in Neuenhagen.

Wer noch vor zwei Jahr einen Blick auf die Bundespartei warf, hätte wenig darauf gegeben, dass dieser zerstrittene Haufen wieder in den Bundestag kommt. Dass wir trotz einiger Verluste es zur drittstärksten Parlamentsfraktion gebracht haben, hätte sich damals keiner vorstellen können. Seitdem haben wir an uns gearbeitet und das ist honoriert worden. Deswegen kann ich nur empfehlen: Auf dem Teppich bleiben und weiter verlässlich arbeiten.

Marian Krüger
Vorsitzender DIE LINKE.Neuenhagen

Danke

liebe Neuenhagerinnen und Neuenhager

für
2460 Erststimmen
 und
2135 Zweitstimmen

Links unten

Es gibt uns noch! Sie glauben, ich meine DIE LINKE? Eigentlich wollte ich auf die lange Pause des Erscheinens von „Ansichten-Aussichten“ anspielen.

Der Wahlkampf hat unsere Verteiler enorm gefordert, da haben wir auf die Ausgabe unserer Bürgerzeitung verzichtet. Aber jetzt sind wir wieder da! Vielleicht hat sich inzwischen die Zahl unserer Leser (leider nicht identisch mit der Zahl unserer Empfänger) vergrößert. Unsere Standbetreuer

erfuhren manch zustimmende Äußerungen zur Politik der LINKEN, aber es gab auch kritische Hinweise. Beiträge zur Bundestagswahl und zur Wahl des Landrates finden Sie auf den Seiten 1 und 2.

Nun sind wir wieder im Alltag angekommen. Das traditionelle Oktoberfest in unserer Gemeinde verlief feucht fröhlich. Aber es gab auch einen besonderen Höhepunkt: Die Goetheschule feierte und feiert ihr 100-jähriges Bestehen. Toll, was da auf die Beine gestellt wurde und wie viele Neuenhager einbezogen wurden (Seite 3). Dr. Erich Siek

war nur einer von vielen. Er verfasst seit Jahren die Kolumne „Wussten Sie schon?“ in unserem Blatt. In dieser Ausgabe erinnert er an ein trauriges Kapitel Neuenhagerer Geschichte (Seite 6).

Über Reaktionen auf unsere Beiträge würden sich freuen

Werner Niebsch und alle Redaktionsmitglieder



100-Tage -Oppositionsprogramm

Gregor Gysi, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, über das neue Vier-Parteien-System, das Buhlen um Merkels Gunst, seine Hoffnung auf eine andere Art der politischen Auseinandersetzung sowie den erfolgreichen Volksentscheid für die Rekommunalisierung der Energienetze in Hamburg.

die südeuropäischen Staaten und stattdessen eines Aufbaus in diesen Krisenländern, schließlich eines Stopps von Rüstungsexporten und einer Beendigung der Kriegseinsätze der Bundeswehr. Nach Lage der Dinge ist die SPD-Führung für einen wirklichen Politikwechsel nicht bereit. Sie wird noch Zeit zum gründ-

Wer wird erfolgreicher um Merkels Gunst buhlen - Grüne oder SPD?

Warten wir es ab. Vieles spricht dafür, dass die Grünen die Erbfolge der FDP antreten und sich mit der Union auf ihr wichtigstes Anliegen, die Energiewende, verständigen. Aber das wird etwas dauern und zwingt die Grünen zu einem Klärungsprozess über ihre Rolle im neuen Vier-Parteien-System. Es bedeutete auch das Ende eines rot-grünen Reformprojektes, das sich mit Schröder's Agenda 2010 selbst demontiert hat. Aber die Große Koalition ist auch möglich.

zuzuschreiben. Die FDP verengte sich mehr und mehr auf eine neoliberale Partei und überließ den politisch-demokratischen Liberalismus anderen. Das konnte auf die Dauer nicht gut gehen.

DIE LINKE selbst kann nicht zufrieden sein, was die Direktmandate angeht.

Vier Direktmandate in Berlin sind schon ein Erfolg! In einigen Wahlkreisen verloren unsere Direktkandidatinnen und -kandidaten nur knapp. Darüber hinaus werden wir noch genau analysieren müssen, woran es jeweils lag, dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Mal den Kandidatinnen und Kandidaten der Union den Vorzug gaben.



100-Tage-Oppositionsprogramm kommt

Gregor Gysi am 24. September 2013 vor der gemeinsamen Fraktionssitzung von neuer und alter Linksfraktion.

DIE LINKE ist auf jeden Fall drittstärkste Partei im Bundestag. Was werden Sie daraus machen?

Rein rechnerisch wäre auch eine Koalition mit der SPD und den Grünen denkbar. Wir haben immer erklärt, dass wir dazu bereit wären, wenn die SPD unsere Kernforderungen akzeptierte, vom flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, einer armutsfesten Rente, der Rücknahme der Renten erst mit 67, Maßnahmen zur deutlichen Begrenzung prekärer Beschäftigung, einer Aufgabe der Kürzungsdiktate in der Eurokrise gegen

lichen Nachdenken benötigen. Was bleibt, ist die Einlösung unserer Wahlversprechen: Konsequente Opposition gegen die Merkel-Regierung und diese mit unseren Alternativen für mehr soziale Gerechtigkeit und Demokratie und für eine friedliche Außenpolitik konfrontieren. Wie es bei uns üblich ist, werden wir stattdessen die kommende Bundesregierung mit unseren zentralen Forderungen, für die wir im Wahlkampf geworben haben, mit einem 100-Tage-Oppositionsprogramm konfrontieren.

32 Abgeordnete aus Westdeutschland und 32 aus Ostdeutschland, 36 Frauen, 28 Männer. Auch das setzt Maßstäbe im Bundestag.

Dass die neue Linksfraktion paritätisch besetzt sein wird, ist eine gute Nachricht. Zweifellos stärkt das Ergebnis aber das Selbstbewusstsein der ostdeutschen Abgeordneten, die in den anderen drei Fraktionen eine höchst marginale Rolle spielen.

Ich hoffe, dass die deutliche Mehrheit der Frauen in unserer Fraktion auch zu einer anderen Art der politischen Auseinandersetzung beiträgt.

Was sagen Sie zum Ausscheiden der FDP?

Das hat sich die FDP selbst

Wie bewerten Sie den Ausgang des Volksentscheides in Hamburg, über den die Bürgerinnen und Bürger parallel zur Bundestagswahl abgestimmt haben?

Hamburgs Bürgerinnen und Bürger haben sich mehrheitlich für die Rekommunalisierung der Energienetze entschieden und sich gegen den Hamburger Senat und die SPD, CDU und FDP durchgesetzt. Das ist nicht nur ein weiterer Sieg für direkte Demokratie, sondern auch dafür, dass die Energieversorgung Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge sein muss, über die die Bürgerinnen und Bürger und nicht Vattenfall zu entscheiden hat. Das Hamburger Beispiel sollte Schule machen.

Jetzt einmischen. Jetzt Mitglied werden.

DIE LINKE ist eine starke Stimme für eine friedliche und soziale Gesellschaft im Bundestag. In Brandenburg ist sie Teil der Landesregierung, im Kreistag stärkste Fraktion, ebenso in der Gemeindevertretung Neuenhagen. Sie ist tief verankert in der Region, in Vereinen und Verbänden und aktiv auf der Straße und bei Bürgerforen.

DIE LINKE wird von Menschen gemacht. Sie erhält als einzige Partei keine Spenden aus der Wirtschaft. Ihre politischen Ziele lässt sie sich nicht von außen diktieren, sondern diskutiert sie breit mit allen Interessierten. Dabei ist sie als einzige Partei in Neuenhagen auch für junge Leute attraktiv: Jedes achte Mitglied im Ort ist unter 30.

Damit DIE LINKE so stark bleibt, brauchen wir Sie. Deshalb jetzt:

Mitmachen!

100 Jahre Goetheschule - ein Interview

Die Rektorin **Karen Hübner** gab unserem Redaktionsmitglied **Werner Niebsch** (einem ehemaligem Kollegen) aus diesem Anlass am 18. September ein Interview.

Kollegium und mit den Schülern nicht so einen vielseitigen Festmonat auf die Beine stellen können!

Herzlichen Dank an alle!

W.N.: Hundert Jahre Goetheschule – wahrlich ein Grund zum Feiern! Wie feiert ihr?

K.H.: Damit für alle an der Goethe-Schule Interessierten was dabei ist, wurden vier Höhepunkte gestaltet:

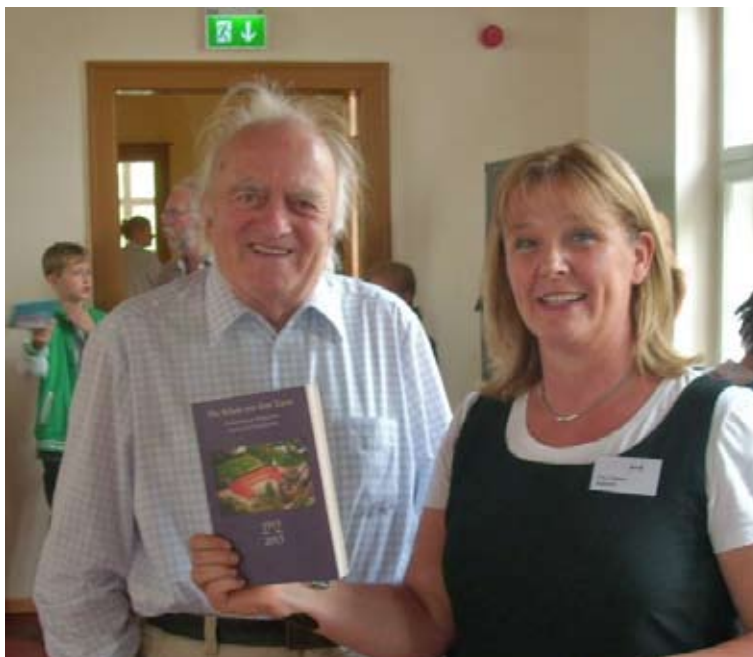
Der Tag des Offenen Denkmals am 08.09 – für alle Ehemaligen zum Erinnern und Spurensuchen, der Lehrerstammtisch am 18.09.- ein sehr gelungenes Wiedersehen fast aller Lehrer, die seit 40 Jahren die neuere Schulgeschichte mitgeschrieben haben, ein großes Schulfest am 21.09. , und als letzten Höhepunkt die Festveranstaltung am 26. September.

W.N.: Am Tag des Offenen Denkmals war ich unter den Besuchern. Wie viele waren es?

K.H.: Ich schätze etwa 300.

W.N.: In den Fluren waren von Schülern gestaltete Tafeln und Dioramen zu betrachten – originelle Auseinandersetzungen mit dem Leben und Werk Goethes. Eine Ausstellung über die Geschichte der Schule stand im Zentrum. Hier waren alte Lehrbücher, nach Jahreszahlen sortierte Schuldokumente, Landkarten und andere Unterrichtsmittel zu sehen. Dazu lief nonstop eine Videopräsentation mit Fotos und einem Film von ehemaligen Lehrern und Schülern in diesem Hause. Wie habt ihr das alles geschafft? Hattet ihr Hilfe?

K.H.: Eine Jahrhundertfeier ist schon etwas Besonderes und wir haben bereits vor einem Jahr mit den Ideensammlungen und Vorbereitungen angefangen! Ohne die viele Unterstützung durch den Förderverein, die Eltern, die Sponsoren und den Schulträger hätten wir als



Dr. Erich Siek und **Karen Hübner** präsentieren die Festschrift „Die Schule mit dem Turm“. Lesenswert und interessant - nicht nur für ehemalige Goetheschulabsolventen und -mitarbeiter

W.N.: Kommen wir nun zum Lehrerstammtisch. Lauter laute Lehrer. Die Aula war voll. Da musste man sich erst mal Gehör verschaffen. Wie viele Kollegen hatten sich eingefunden?

K.H.: Du hast es ja gesehen, mit Hilfe der alten Schulglocke und dem einstimmenden Klavierbeitrag von Fiona Seiler aus der Klasse 6a gelingt auch das. Es waren 62 ehemalige und jetzige Lehrer und Lehrerinnen der Einladung gerne gefolgt und ja, das stimmt, sehr lautstark beim Erzählen und Neuigkeiten austauschen.

W.N.: Mir haben deine einleitenden Worte gut gefallen, den anderen wohl auch, denn es war ja dann „mucksmäuschenstill“. Unter anderem sprachst du über die unterschiedlichen Blick-

winkel der Bürger auf die Institution Schule. –?
K.H.: Gute Schulen sind nicht nur ein Ort der Wissensvermittlung, sondern leben vor allem Beziehungen, zu den Schülern, den Eltern und oft auch den Großeltern, den Vereinen und Institutionen, also dem gesamten Schulumfeld! Und jeder hat seine ganz persönliche Sichtweise und Erwartung an das System Schule – das macht es so spannend, aber auch oft anstrengend!

W.N.: Nun stehen noch zwei Veranstaltungen aus. Das Schulfest zum einen. Was habt ihr da vor?

K.H.: Spaß, Unterhaltung und Kulinarisches auf dem gesamten Schulgelände für alle aktuellen Schüler und ihre Eltern! Jede Klasse trägt mit einem eigenen Beitrag zum Gelingen bei und viele Eltern haben ihre Unterstützung zugesagt! Ein besonders emotionales Erlebnis wird sicher der Aufstieg von über 300 Luftballons sein – mal sehen wie weit der Wind unsere mitgesandten Botschaften tragen wird.

W.N.: Und dann die Festveranstaltung am 26. September,

das ist der Tag, an dem vor genau 100 Jahren das Schulgebäude eingeweiht wurde. Wer ist eingeladen und wie wollt ihr diesen Tag würdigen/begehen?

K.H.: Mit dieser Veranstaltung wollen wir vor allem „Danke“ sagen, bei der Gemeinde, den aktiven Eltern, Kooperationspartnern und anderen Unterstützern.

Und es hat schon was, genau auf den Tag nach hundert Jahren der Eröffnung an dem gleichen Ort, der Aula, die Schule zu feiern und alles Gute für die weitere Entwicklung zu wünschen. Und so wird auch unser Festprogramm werden – eine Hommage an die Vergangenheit und natürlich auch an Goethe und ein kleiner Brückenschlag in die Gegenwart und Zukunft!

Aus dem Finanzausschuss

Mit der Aufstellung eines Grünordnungsplans für die Trainierbahn Neuenhagen will die Gemeinde dafür sorgen, dass selbst im Falle eines Verkaufs des Geländes (ein privater Investor hat noch etwa ein Jahr ein Vorkaufsrecht) eine vielfältige Nutzung auch durch Bürgerinnen und Bürger im weiteren Verlauf gewährleistet werden kann. Somit erhofft sich die Gemeinde Unabhängigkeit, egal wie das Verfahren ausgeht und wem 2015 das Gelände gehört.

Damit wurde ausgehend von der Initiative der LINKEN und Bündnis90/DieGrünen ein weiterer Schritt unternommen, die Trainierbahn für die Freizeitnutzung der Neuenhagener auch künftig zu erhalten.



Gebührenerhöhung für die Straßenreinigung geplant

Mit der Vorlage 069/2013 plant die Gemeindeverwaltung eine Änderung der Gebührensatzung für Straßenreinigung, Laubentsorgung und Winterdienst. Zur Begründung heißt es:

„Das Gebührenaufkommen soll 75 % der Gesamtkosten der Straßenreinigung, der Laubentsorgung und des Winterdienstes jährlich nicht übersteigen. Bei Beibehaltung der alten Gebührensätze aus dem Jahr 2008 und der Nichtverrechnung der bisher aufgelaufenen Unterdeckungen ist eine Unterdeckung von ca. 10 % im Jahr 2014 zu erwarten. Die Unterdeckung resultiert aus dem höheren Preisniveau der im Ergebnis der öffentlichen Ausschreibung abgeschlossenen Verträge. Diese Unterdeckungen soll mit der Gebührenerhöhung ausgeglichen werden.“

Diese Entwicklung war vorherzusehen. Deshalb wurde auf Initiative der LINKEN 2012 im Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuss (VWA) eine Untersuchung zur Übernahme dieser Leistungen in kommunale Hand durchgeführt. Im Ergebnis wurde dazu aber festgestellt, dass bei einer Eigenrealisierung kurzfristig keine Kostenersparnisse zu erwarten seien. Einen Kommunalbetrieb mit angrenzenden Gemeinden dazu zu gründen,

um Synergieeffekte zu nutzen und eine wirtschaftliche Betriebsgröße zu erreichen, wurde von den anderen Parteien als zu bürokratisch und aufwändig abgelehnt.

So wird also dieser Posten in der Haushaltsplanung der Gemeinde auch weiterhin wachsen sowie damit auch die Gebühren für die Einwohner.

Die der Vorlage beigefügten Äußerungen von Bürgern zeigen, dass im Unterschied zur mehrheitlichen Meinung im VWA - die Qualität bei der Straßenreinigung, der Laubentsorgung und beim Winterdienst sei nicht zu beanstanden - hier nach wie vor Kritik angebracht ist.

Offensichtlich ist aber der Leidensdruck noch nicht groß genug, um sich nicht doch noch Gedanken zu effektiveren Lösungen zu machen. Jörg Hübner, der Leiter der Serviceeinheit Gebäudemanagement und Bauhof hat im Frühjahr dem VWA aber zugesagt, hier noch zu prüfen...

Klaus Biedka

Finanzminister Markov kritisiert BER-Geschäftsführer

Im Rahmen der Landtagssitzung hat Finanzminister Helmuth Markov am Mittwoch erstmals öffentliche Kritik an den beiden Geschäftsführern des BER, Mehdorn und Ammann geübt.

Im Berliner Tagesspiegel hieß es dazu: „Brandenburgs Finanzminister Helmuth Markov (DIE LINKE) rechnet öffentlich mit den zerstrittenen BER-Flughafenmanagern ab.

Im Landtag ging Markov, selbst BER-Aufsichtsrat, am Mittwoch mit Vorstand Hartmut Mehdorn und Technikchef Horst Amann ins Gericht. ... Die Schmerzgrenze im Aufsichtsrat ist wegen der Auseinandersetzungen zwischen Mehdorn und Amann überschritten, wie der Ausbruch des Finanzministers zeigt. „Es geht nicht, dass zwei Geschäftsführer, die verantwortlich dafür sind, diesen Flughafen ans Netz zu bringen und die dafür mit enormen Steuermitteln

ausgestattet wurden, sich gegenseitig zerlegen, anstatt ihrer Arbeit nachzukommen“, sagte Markov, der auch Vize-Ministerpräsident des Landes ist.“



Ich möchte hier eine Phrase aufgreifen, die den LINKEN stets entgegen tönt. Sie lautet: „Steuererhöhungen schaden der Wirtschaft.“

Zunächst einmal: Ja, Steuerhöhungen können wirtschaftlich schädliche Folgen haben, aber müssen es nicht. Eine Steuer auf die exorbitanten Gewinne von Finanztransaktionen zum Beispiel würde Geld in den Realwirtschaftskreislauf zurückführen und die Wirtschaft ankurbeln, dagegen würde eine Lohnsteuererhöhung den Konsum dämpfen und damit die Konsumgüterproduktion (einen Teil der Wirtschaft) drosseln. Also Steuerhöhung ist nicht gleich Steuererhöhung, man muss schon konkret die Steuer benennen und die wirtschaftliche Situation kennen, in der sie wirkt. Auch der Umkehrschluss aus der Phrase funktioniert nicht, nämlich „Steuersenkungen nutzen der Wirtschaft.“

Mit den Steuern finanziert der Staat zum einen seine Aufgaben für die Allgemeinheit (Daseinsvorsorge, Gewährleistung der Sicherheit, usw.) und zum anderen sind sie auch ein Instrument für die **S t e u e r u n g** der Wirtschaft im Sinne des Allgemeinwohls. Durch die Steuersenkungen für einen sehr kleinen Teil der Bevölkerung in den letzten Jahren ist die Schere zwischen Arm und Reich erheblich größer geworden.

Eine **F e h l s t e u e r u n g**, die zu korrigieren sich die LINKE permanent bemüht. Dass sie dafür sogar Unterstützung aus den Reihen der „sehr Reichen“ findet, sollte doch allen zu denken geben. Man sieht in diesen Kreisen wohl, dass die Steuerpolitik der Bundesrepublik zu einer Spaltung der Gesellschaft führen kann, in deren Folge letztlich das Funktionieren des Systems gefährdet ist. Der Staat muss für die Wahrung und Verbesserung seiner Funktionstüchtigkeit über steigende Einnahmen verfügen. Wenn er aus Geldmangel seinen Verpflichtungen (z.B. Qualitätsverbesserung der Bildung, Sicherung der Verkehrswege, Förderung des kulturellen Lebens) nicht ausreichend nachkommen kann, dann wird –früher oder später– auch die Wirtschaft darunter leiden.

Also: Steuern müssen sein. Steuern sind nichts Schlechtes. Aber: Wir sind für gerechte Steuern. Es ist die Aufgabe des Staates für einen Ausgleich in der Gesellschaft zu sorgen, das Auseinanderdriften der Einkommensschichten zu verhindern. Statt unseren Steuer-Vorschlägen mit der oben genannten Phrase entgegenzutreten (oder sie aus Bequemlichkeit in der Gegenargumentation einfach zu übernehmen) immer genau hinschauen. Den LINKEN fehlt nicht der wirtschaftliche Sachverstand. Wenn wir in den Medien die gleichen Chancen wie Herr Brüderle und seine Parteifreunde geboten bekämen, dann hätte sich dieses Vorurteil bald erledigt.

Werner Niebsch

Strom aus Sonne speichern

Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (LINKE) über das Planverfahren zum Tagebau Welzow-Süd und eine Initiative zur Entwicklung von Speichertechnologien alternativer Energien ab 2014

Für einen zweiten Teilabschnitt im Tagebau Welzow-Süd läuft derzeit ein Planungsverfahren. Wozu wird dieser Tagebau noch gebraucht, wenn sich Brandenburg doch schon jetzt aus eigener – erneuerbarer – Kraft mit Strom versorgen könnte?

Brandenburg kann sich ab etwa 2020/2022 rein rechnerisch mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgen, ab 2026/2028 sogar die gesamte Hauptstadtregion. Aber das ist ein theoretisches Modell.

Natürlich hat sich mit dem jetzt zur Entscheidung stehenden Braunkohleplan die Frage gestellt, ob der Teilabschnitt des Tagebaus Welzow Süd II energiepolitisch notwendig ist. Es wurde ein Gutachten erstellt, das auch die Versorgungssicherheit und die Entwicklung der Energiepreise berücksichtigte. Es kommt zu dem Schluss, dass die Braunkohlekraftwerke in der Lausitz für die nationale Versorgungssicherheit und die Systemsicherheit nötig sind, indem sie zusätzlich zu ihrer Aufgabe der bedarfsgerechten Stromerzeugung Frequenz und Spannung des elektrischen Systems in engen Toleranzgrenzen stabil halten. Eine Funktion, die die erneuerbaren Energien leider noch nicht leisten können.

Das Beteiligungsverfahren läuft noch bis 17. September 2013. Dabei wurde die Phase von ursprünglich 8 auf 12 Wochen erweitert. Danach werden die Ergebnisse erörtert, möglicherweise der Planungsentwurf geändert, mit dem sich dann der Braunkohlenausschuss des Landes befasst. Geplant ist, dass sich die Landesregierung im zweiten Quartal 2014 abschließend zum Braunkohleplan verständigt. Im Falle einer Inkraftsetzung ist nach 2020 mit dem Beginn des Braunkohleabbaus im Teilfeld II Welzow Süd zu rechnen.

Tagebaueegner behaupten der Teilabschnitt II in Welzow-Süd sei ein Neuaufschluss und damit rechtlich anders zu behandeln. Sie sagen, es handelt sich um eine Weiterführung ...

Die Brandenburger Landesregierung hat 2004 den überarbeiteten Braunkohlenplan Tagebau Welzow-Süd, räumlicher Teilabschnitt I, in Kraft und den Braunkohlenplan 1993 außer Kraft gesetzt. Der räumliche Teilabschnitt II wurde hier bereits als Vorbehaltsgebiet raumordnerisch festgelegt. Der Tagebau Welzow-Süd war bereits von 1993 an mit der Option der Weiterführung in den räumlichen Teilabschnitt II angelegt worden, was so auch im Braunkohleplan festgehalten ist.

Warum gibt es dann hier ein neues Planungsverfahren?

Ein neues Planungsverfahren ist auch bei Weiterführungen von Tagebauen nötig. Zudem ist dieses erstmals mit einer strategischen Umweltpflicht verbunden.

Wenn der jetzt vorliegende Entwurf des Braunkohleplanes bestätigt wird, ist eine Umsiedlung des Ortes Proschim nötig ...

Wird der Plan bestätigt, verhandeln Vattenfall und die betroffene Kommune die Bedingungen und legen vertraglich die gesetzlich vorgeschriebenen Entschädigungsbedingungen sowie darüber hinaus gehende Bedingungen fest. Orientiert wird sich an vorhergehenden Verträgen, aktuell an dem Entwurf zwischen Vattenfall und Trebendorf. Wann eine solche mögliche Umsiedlung erfolgt, hängt wesentlich vom weiteren Verlauf des Verfahrens ab, wahrscheinlich aber erst nach 2020.

Öffnet Welzow-Süd nicht das Tor zur Braunkohleverstromung bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag?

Nein. Der Ausbau erneuerbarer Energien bleibt vorrangig, das ist in der Energiestrategie des Landes festgelegt. Die Braunkohle ist

nur als Brückentechnologie definiert, soll also nur noch solange wie nötig betrieben werden. Die Ablösung fossiler Energieträger bleibt das definierte politische Ziel.

Warum hält die rot-rote Landesregierung an der Braunkohleverstromung fest?

Die Netzstabilität wurde in den letzten Jahren nur durch massive Eingriffe gesichert, eben auch durch konventionelle Kraftwerke. Die Systemintegration der erneuerbaren Energien muss erst so gestaltet werden, dass Versorgungssicherheit gewährleistet ist.

Kann die Energieversorgung in der Grundlast durch erneuerbare Energien, in Spitzenzeiten durch die Zuführung fossiler Träger gesichert werden?

Dieser Systemwechsel ist nötig, gegenwärtig aber noch nicht möglich. Voraussetzung ist die von uns als Aufgabe formulierte Systemintegration. Die Grundlastversorgung mit erneuerbaren Energien insbesondere aus Wind und Sonne ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf Grund der Diskontinuität noch nicht möglich. Je schneller es gelingt, die dort erzeugte Energie so zu speichern, dass sie versorgungssicher, kontinuierlich und zu den entsprechenden Preisen zur Verfügung gestellt werden kann, desto weniger müssen fossile Energieträger genutzt werden. Um das zu erreichen wird das Wirtschaftsministerium 2014 eine eigene Speicherinitiative starten, um Technologien für die industrielle Speicherung weiter voranzutreiben. Damit gehen wir im Übrigen einen anderen Weg als die Bundesregierung, die bei der Speichertechnologie vor allem auf Speicherung in Einfamilienhäusern setzt.



Regionalkonferenz

Zum Programm der Linken für die Landtags- und Kommunalwahlen in Brandenburg 2014,

Freitag, 22. November 2013, 18 – 21 Uhr
Gründerhaus im STIC, Garzauer Chaussee 1a,
15344 Strausberg

Schwerpunkte:

- Gemeinschaftsschule konkret – Wie sieht sie aus, was leistet sie, welche Schritte zur Einführung braucht es?
- Energiewende gestalten – Was muss passieren, um 2040 aus der Braunkohle aussteigen zu können?
Wege und Weichenstellungen

- Zukunftsfähige Kommunalstrukturen – Wie sehen bürger-nahe Kommunen aus? Was müssen sie leisten?

- Gute Gesundheitliche Versorgung im ganzen Land – Wie stellen wir sie sicher? Welche Ideen und Projekte gibt es vor allem für den ländlichen Raum?

- Weiterentwicklung von Rechtsstaat und Demokratie – Wie weiter mit der direkten Demokratie und Teilhabe der BürgerInnen? Was sind unsere Ansätze für die Stärkung des Rechtsstaats?

Heute: Sommerbadeanstalt

dass die Gemeindevertretung Neuenhagens am 31. März 1932 nach vielen vorangegangenen Diskussionen den Bau einer „Sommerbadeanstalt“ auf dem Gelände am Mühlenfließ südlich der Ostbahnstrecke beschlossen hat und dafür 30 000 Reichsmark für erforderlich hielt? Es dauerte aber noch fast 4 Jahre, bis die Mittel bewilligt wurden und das Bad eröffnet werden konnte. Nach vielen Renovierungen und



Foto: Gemeinde Neuenhagen

Erweiterungen und schließlich auch einer grundlegenden Rekonstruktion entwickelte sich die „Sommerbadeanstalt“ zu einer weit hin beliebten Sport- und Erholungsstätte nicht nur für Neuenhagen sondern auch für nahegelegende Gemeinden.

ein großes Schild mit der Aufschrift

„Das Wasser bleib‘ stets klar und rein,
drum soll hier auch kein Jude rein.“

Auch in unserer idyllischen grünen Ortschaft gab es also damals solche menschenfeindlichen rassistischen Untaten unter schweiger Duldung durch die Bevölkerung. Noch schlimmer äußerte sich diese barbarische Ideologie in der Vertreibung und Deportation jüdischer Bürger und Bürgerinnen in die Konzentrationslager. In Neuenhagen betraf das etwa 35 Personen. Dies alles geschah unter Verantwortung der örtlichen Organe der Gemeinde besonders des Bürgermeisters und des Ortsgruppenleiters der NSDAP.

Angesichts der derzeit laufenden Diskussionen in der MOZ und im Neuenhagener Echo über eine Kriegsgräberstätte in Neuenhagen ist es wohl angebracht, auch der Opfer des Naziterrors zu gedenken, von denen man nicht weiß, wo sie begraben, verscharrt oder vergast wurden.

Aber es gab in der Geschichte unseres Freibads auch dunkle Seiten, die heute fast vergessen sind. In der Nazizeit hing über dem Eingang

Wussten Sie schon – was da in Neuenhagen vor etwa 70 Jahren geschah?

Veranstaltungen im Oktober 2013

03.10.2013 15.00 Uhr Parkkantine SEP Strausberg
Alternative Einheitsfeier

04.10.2013 20.00 Uhr Bürgerhaus
Hans-Rudolf Kunze „Räuberzivil

15.10.2013 18.30 Uhr Gaststätte „Elfmeterpunkt“
Sportbeirat

16.10.2013 14.30 Uhr Bürgerhaus
Seniorenakademie „...in Auschwitz fröhliche
Musik spielen“

7.10.2013 14.00 Uhr Haus der Senioren
Seniorenbeirat

17.10.2013 18.00 Uhr Parkettsaal Rathaus
Hauptausschuss

18.10.2013 19.00 Uhr Anna-Ditzen-Bibliothek
Jutta Hoffmann liest Hans Fallada „Kleiner
Mann – was nun“

24.10.2013 18.00 Uhr Max-Thormann-Saal
Gemeindevertretung



Das schönste Denkmal,
das ein Mensch bekommen kann,
steht in den Herzen
der Menschen.

Wir trauern um unsere Genossin

Maria Scheweleit

17.04.1915

14.08.2013

Das Bürgerbüro der LINKEN
in der Ernst-Thälmann-Str. 33
ist geöffnet:
dienstags von 13 - 18 und
sonnabends nach Vereinbarung



Impressum

ANSICHTEN - AUSSICHTEN
Herausgeber: Ortsorganisation
Neuenhagen der Partei
DIE LINKE, Marian Krüger
c/o Bürgerbüro
Ernst-Thälmann-Str. 33
15366 Neuenhagen

Die Zeitung wird durch Spenden
finanziert.

Veröffentlichte Zuschriften müs-
sen nicht mit der Auffassung der
Redaktion übereinstimmen.